

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. A.

Kleinstes Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zustragen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Konto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgepolte Postzeitung 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelblatt und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 66

Sonnabend den 19. März 1921

87. Jahrgang

Viehhandel betr.

An Stelle von Abschn. B Abs. 2 der amtshauptmannschaftlichen Bekanntmachung vom 1. 12. 20, Viehhandel und Kleinhandel mit Fleisch betr. (abgedruckt in Nr. 284 der Weißeritz-Zeitung und Nr. 283 des Frauensteiner Anzeigers von 1920) treten für den hiesigen Kommunalverband folgende Bestimmungen:

„Eine Ausfertigung ist sofort bei Übernahme des Viehes dem Verkäufer auszu-

händigen, die zweite Ausfertigung unverzüglich, spätestens aber eine Woche nach Übernahme des Viehes an diejenige Gemeindebehörde einzureichen, in der der Käufer seinen Wohnsitz hat.“

Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Zwischenhandlungen werden auf Grund der Reichsverordnung vom 19. 9. 20 und der Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums vom 6. 10. 20 bestraft.

Dippoldiswalde, am 15. März 1921. Nr. 208 M II. Der Kommunalverband.

Deutliches und Schönlieses.

Dippoldiswalde. Wie schon am Tage vorher bei den Schulentlassungen Behördenvertreter, Eltern und Schulfreunde zugegen waren, nahmen diese in noch größerer Anzahl am Donnerstag an der Abschiedsfeier der Konfirmanden von der Schule in der mit Blaupflanzen geschmückten Turnhalle teil. Allgemeine und Schülergeänge erkundeten und schloßen die Festordnung und sagten sich zwischen Gebete, Mitteilungen und Abschiedsrede, in der Herr Oberlehrer Krüger in trefflicher Weise, den Zeitverhältnissen klar ins Auge fassend und den Gemütsregungen und Willensäußerungen strenge Richtlinien gebend, die Frage: Was ist das Leben? dahin beantwortete: „Das Leben ist Arbeit, Kampf und Freude“. Darauf machte Herr Schulleiter Cantor Schmidt darauf aufmerksam, daß mit Beginn des neuen Schuljahres nicht nur die 29 Schulentlassenen Knaben wie schon seit Ostern 1875, sondern nun auch die 33 Mädchen die für die neu eingerichtete Fortbildungsschule zu besuchen haben. Die Knaben müssen sich am 6. April nachmittags 2 Uhr, die Mädchen am 5. April nachmittags 2 Uhr mit Schulentlassungsergebnis in der Schulleitung melden.

Heute Freitag aberd veranstalteten die Fröhen Später im Schützenhaus wieder einen ihrer bekannten Vortragsabende. Das bisher von so großem Erfolge begleitete Auftreten derselben und der urgeteilte Beifall, dessen sich ihre Darbietungen zu erfreuen hatten, dürfte dafür, daß auch der heutige Abend ein wahrhaft genussreicher sein wird.

Nach dem Uebergang der Schiffsbahn an das Reich ist der sächsischen Verwaltung bekanntlich überlassen geblieben, den Kraftwagenverkehr auszubauen. Das soll nunmehr durch eine Verfügung des Finanzministeriums in Höhe von 4,7 Millionen Mark geschehen, die jetzt dem Landtage angekündigt worden ist. Im Rahmen dieser Anforderung sollen 35 neue Kraftwagenlinien eröffnet werden, von denen ein Teil noch im Jahre 1921 eröffnet werden soll und zwar handelt es sich u. a. um folgende Linien: Dippoldiswalde—Frauenstein—Seyda—Oberndorf (52 km), Götzkau—Peterswalde (9 km) und Dresden—Dippoldiswalde (21 km).

Die Eidesformel hat in letzter Zeit wieder eine Veränderung erfahren. Vor der Revolution lautete sie: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde. So wahr mir Gott helfe.“ Nach der Revolution: „Ich schwöre, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Venus in ihrem höchsten Glanze. Der Planet Venus kommt jetzt an der Erde so nahe, daß er „nur“ noch 40 Millionen Kilometer von uns entfernt ist. Die weiteste Entfernung beträgt 258 Millionen Kilometer, also fast das Siebenfache. Es ist klar, daß sich dieser Unterschied in der Helligkeit stark geltend machen muß. Natürlich, wenn Venus uns am nächsten steht, also gerade zwischen Sonne und Erde, können wir sie überhaupt nicht sehen; sie bietet uns die Schwermilie dar, wie der Neimond. Das würde diesmal am 22. April eintreffen. Aber 36 Tage vorher, am 17. März, erscheint Venus in ihrem höchsten Glanze am abendlichen Himmel, und dann wieder 36 Tage nach dem 22. April, also am 28. Mai. Inzwischen ist die Venus dann Morgenstern geworden. Schon seit Wochen konnten wir den Abendstern in ganz besonderer Schärfe betrachten, und das wird dann auch im Juni und Juli noch der Fall sein. In sehr frühen Zeiten war der Glanz der Venus manchmal so stark, daß man sie am Tage sehen konnte. Dieser Stern scheint von ganz dichten Dampfmassen eingehüllt zu sein, so daß er von den Sonnenstrahlen fast nichts verschluckt; alles Licht, das er bekommt, strahlt er wieder zurück. Das ist auch wohl der Grund, warum bei der Höhenbestimmung (festes und leichtes Ziel beim Mond) die eigentlich durch den Teil immer einen leichten Lichtschimmer von sich strahlen, offenbar Strahlen, die von der Erde auf die Venus gekommen sind, zweimal zurückgeworfenes Sonnenlicht. Während die Venus uns jetzt

ihre volle Kraft zuwenden ist ihr Freund Mars zur selben Zeit so weit entfernt, daß er für den gewöhnlichen Beobachter gar nicht mehr vorhanden zu sein scheint.

Reinhardtsgrimma. Um die Auszeichnung treuerdienster Dienstboten in würdigen Rahmen vornehmen zu können, hatte der Landwirtschaftliche Verein zu Reinhardtsgrimma und Umgegend am vergangenen Dienstag seine Mitglieder nach siebenjähriger Pause erstmalig wieder zu einem Vereinsvergügen, bestehend in Tafel und Ball, eingeladen. Von fehigen Händen war der Saal des Erbgerichts festlich geschmückt worden. Mancher sinniger Spruch gahle von den Wänden. Als die Erscheinungen an den langen, blumengeschmückten Tafeln Platz genommen hatten, erbot ihnen der Vorsitzende des Vereins, Herr Eduard Grahl, einen herzlichen Willkommengruß. Besonders begrüßte er den Direktor der Landwirtschaftlichen Schule zu Dippoldiswalde, Herrn Grahl, der den Verein schon öfters durch lehrreiche Vorträge bei der Arbeit unterstützte. Während des einfachen Mahles wurde mancher Trinkspruch ausgedrückt. Ein heiteres Tafelgespräch, von zwei Hirschbacher Mitgliedern dem Verein gewidmet, schloß in lustigen Versen des Bäuerleins Tageslauf. Nach Aufhebung der Tafel, die von Herrn Jitsche und seiner Frau aufs beste ausgeführt war, trat der Tanz in seine Rechte. Während einer Pause nahm Herr Pfarrer Lubowitsch das Wort, um in längerer Rede 7 treuen Dienstboten die Anerkennungskunde des Vereins zu überreichen. Es wurden ausgezeichnet für 5jährige Dienstzeit: Erwin Paul Ulrich (bei Frau Gutabelger Selma Hultsch, Hirschbach); für 4jährige Dienstzeit: Erich Oswald Behmann (bei Frau Gutabelger Frieda Wallher, Reinhardtsgrimma) und Martha Dora Pfeifer (bei Herrn Gutabelger Karl Hirsch, Luchow); für 3jährige Dienstzeit: Alfred Ulrich (bei Herrn Gutabelger Max Diebler, Cunnersdorf), Hedwig Olga Kommatz (bei Herrn Gutabelger Hermann Grubel, Cunnersdorf), Anna Margarethe Hofmann (bei Herrn Gutabelger Otto Wähle, Cunnersdorf) und Martha Ida Behmann (bei Herrn Gutabelger Richard Wallher in Reinhardtsgrimma). Von seinen ihren Dienstherrschaften wurden ihnen namhafte Geldgeschenke zuteil. Schirmmeister Erwin Ulrich dankte namens der Ausgezeichneten für die erwiesenen Ehrungen. Dann wurde wieder feierlich dem Tange gehuldigt, oft in drangvoller sächsischer Enge. Nur zu rasch waren die Stunden sächsischen Besamensens vorfliegen, als man sich endlich doch trennen und auf den Heimweg begeben mußte.

Altenberg. Sonnabend den 19. März findet im Alten Amtshaus nachmittags 3 Uhr eine Versammlung der Abgeordneten der Erzegebirgsvereine Altenberg, Ripzdorf, Schmiedeberg, Grotzsch, Bärenstein, Glasbütze und Gollenda unter Leitung des Oberwegemeisters im Erzegebirgsverein, Herrn Schuldirektor Wappler, statt.

Dresden. Am Donnerstag beriet der Landtag in erster Sitzung die neue Anweisung der Regierung. Dabei kam es wieder zu heißen Zusammenstößen zwischen den Unabhängigen und dem Justizminister, dem der unabhängige Abgeordnete Wenke zurief, daß er rausgeschmissen werden müsse. Die bürgerlichen Parteien gaben eine gemeinsame Erklärung ab, daß sie den Zeitpunkt für eine Ernennung für ganz ungeeignet halten. Die Beschlußfassung wird in einer der Sitzungen nach Ostern erfolgen. Welten Raum in den Verhandlungen nahmen die Anträge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot ein, die zur Annahme eines Antrages der Reichsregierung, nach dem zur Bekämpfung der Wohnungsnot 420 Millionen Mark aus Staatsmitteln zur Verfügung gestellt und durch einen allgemeinen Zuschlag zur staatlichen Grundsteuer gedeckt werden sollen. Von bürgerlicher Seite wurden gegen die Grundsteuerabereinstimmung Einwände erhoben und eine Modifikation gefordert. Schließlich aber wurde der Auszubehring angenommen. Zum Schluß wurden Eingaben von Landwirten gegen die Einführung der Wirtschaftsschule auf dem Lande beraten. Trotz der Einwendung von dem Reichsminister, daß die Einführung der Wirtschaftsschule auf dem Lande in der Zeit der allgemeinen Not nur zu einer Verschärfung der Produktion an Lebensmitteln führen könne, ließ man die Einreden gegen die Stimmen der Deutschen national auf sich beruhen, jedoch es also nunmehr bei der

Einführung der Mädchenfortbildungsschule auf dem Lande vom 1. April ab bleibt. Nächste Sitzung Freitag den 18. März vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: Nachtragskapitel, Schutzmaßnahmen für die Stadt Falkenstein. Erwerbslosenfragen.

Zweits Genehmigung der Einverleibungsverträge mit den Dreiklassen Kleinmachwitz, Raubegast, Luben, Dobritz, Prohla, Lorna, Leubnitz, Reusitz, Grotzsch, Roditz, Kleinpellitz, Raig, Coßwitz, Niedergörsch mit Kammergut, Obergörsch, Leutenow, Reusitz, Kemnitz, Hirsch, Blotwitz, Borsdorf, Weitz, Hirsch, Wähle, Roschwitz traten am Donnerstag die Stadtverordneten mit dem Rat zu gemeinsamer Sitzung zusammen. Alle Fraktionen außer den Deutschnationalen stimmten den Einverleibungsverträgen zu, jedoch die Einverleibung mit überwältigender Mehrheit beschlossen ist. Die Einverleibung von 17 Gemeinden erfolgt am 1. April; den Entwürfen der Ortsgemeinde von Blotwitz, Borsdorf, Weitz, Hirsch wurde grundsätzlich zugestimmt, während mit Prohla, Lorna und Leubnitz Reusitz noch Verhandlungen schweben.

Die sächsische Regierung wird dem Landtag demnächst einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Schulgemeinden und deren Verschmelzung mit den politischen Gemeinden vorlegen.

Friedberg. Der Stadtrat hat die Wiederaufnahme des Betriebs der elektrischen Straßenbahn endgültig aufgegeben. Das Material ist nach Zwickau verkauft worden. Mit dem Abtransport wurde begonnen.

Reichen. Die Gemeinden Fischergasse, Obermelsa, Niedermeisa und Hintermauer haben durch ihre Gemeinderäte einstimmig beschlossen, sich am 1. April dieses Jahres zu einer Gemeinde zusammenzuschließen. Die neue Gemeinde wird den Namen „Weißtal“ führen und etwa 3500 Einwohner zählen.

Wittweida. Zugunsten der Einrichtung einer städtischen Station im Krankenhaus, wofür etwa 250 000 M. erforderlich sind, ist eine großzügige freiwillige Kollektion in die Wege geleitet worden. Der Ertrag wird auf über 100 000 M. geschätzt. Es handelt sich in der Hauptsache um Spenden der Industriellen und Geschäftleute sowie um das Opfer eines Stundenlohnes durch die Arbeiter städtischer Betriebe.

Selzig. Der Bezirksverein sollte in seiner Hauptversammlung eine Entschließung, die sich gegen eine weitere Zusammenlegung der Sommerferien im Reich wendet, damit in Bädern, Kurorten und Sommerfrischen Ueberfüllung möglichst vermieden und die Erholung suchenden Familien mit den schulpflichtigen Kindern besser untergebracht und versorgt werden können. Die Entschließung tritt dafür ein, daß die Sommerferien beginnen: für Berlin und die meisten preussischen Provinzen (jedoch mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern) am 1. Juli; für Preußen Ostpreußen und für die Hansestädte am 21. Juli; für Rheinland-Westfalen etwa am 12. August für Bayern bezug, Süddeutschland wird Beibehaltung der bisherigen Sommerferien gewünscht. Die Dauer der Sommerferien braucht durch den dreitägigen Zwischenraum zwischen den einzelnen Gruppen nicht geändert zu werden.

Selzig. Bei einem Ausflug in die Elisenburger Gegend suchten zwei junge Selziger, der Student Henschel und eine Begleiterin Hübner, die Tochter eines Postbeamten, am sog. „Gunalischen Wasser“ nach Kalmuswurzeln. Das Unglück wollte, daß sie den giftigen Wasserwurzeln mit der Kalmuswurzel verwechselten und davon aßen. Das junge Mädchen starb nach wenigen Stunden, während ihr Begleiter gerettet werden konnte.

Zwickau. Da nur wenige hiesige Lehrer sich zum Religionsunterricht erboten, haben sich sämtliche hiesigen Geistlichen zur Übernahme dieses Unterrichts bereit erklärt. Die Elternräte der hiesigen Volksschulen haben die Erziehung einer Arbeitsgemeinschaft beschlossen.

In einer hiesigen Bedarfsmitteleinrichtung wurden wieder aus einem Schaufelner 200 Pfund Wurst, 11 Dosen Konserven, 20 Schalen ergatterte Milch usw. gestohlen.

Saubere Briefmarken liefert Carl Jehne.

Briand über London.

„Deutschland kann und muß zahlen.“

Der französische Ministerpräsident Briand hat am Mittwoch der Pariser Kammer seinen Vorschlagsbericht über die Londoner Konferenz erstattet. Zu Beginn seiner Erklärungen wies er darauf hin, daß die Entscheidungen der Londoner Konferenz nicht endgültiger Natur seien, aber man solle sie nicht unterschätzen. Sie hätten jedenfalls aller Welt bewiesen, daß die Verbündeten am Rhein einig seien. Die Deutschen hätten das Pariser Abkommen, das die äußerste Grenze des Engagements darstelle, verworfen, und so sei man gezwungen gewesen, zu Sanktionen zu greifen.

Die militärische Sanktion sei die, die Frankreich verlangt habe; sie sei ergiebig (?) und koste wenig. Esien liege im Bereich der alliierten Kanonen, die Artillerie der Verbündeten beherrsche den größten Teil der Ausführgänge des Ruhrgebietes. Die Deutschen hätten vielleicht den Hintergedanken gehabt, daß die deutschen Arbeiter die alliierten Truppen mit offener Revolte empfangen würden; aber der deutsche Arbeiter habe eingesehen, daß die Entente keinen Krieg machen wolle und so die militärischen Maßnahmen lediglich durch die Haltung der Führer Deutschlands notwendig geworden seien. In der Frage der wirtschaftlichen Sanktionen sei eine Einigung zwischen den Alliierten ziemlich schwer gewesen. Von allen Ländern, die bei diesen Maßnahmen beteiligt seien, soll ein gemeinsamer Fonds geschaffen werden, dessen Verteilung nach den Vereinbarungen von Spa erfolgen soll.

Unter Hinweis auf den deutschen Etat und auf die Erörterungen von Spa und London versuchte Briand dann den Nachweis zu führen,

daß Deutschland seine Zahlungsfähigkeit verschleiern wolle.

Wenn Deutschland den Eindruck gewinne, daß die Verbündeten unter allen Umständen entschlossen seien, alle Zwangsmassnahmen durchzuführen, so werde es gezwungen sein, nach neuen Hilfsquellen zu suchen, und die Welt werde darüber erstaunt sein, aber wie viele Hilfsquellen Deutschland noch verfüge. Ein Beweis für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei, daß Minister Simons in London schließlich darauf eingegangen sei, die ersten fünf Jahrestraten in der Höhe der Pariser Beschlüsse zu bezahlen. Größere Reichtümer würden in Deutschland noch verheimlicht; das sei ein unerträglicher Zustand. Wer in Deutschland Geld besitze, müsse bezahlen. Deutschland sei der Schuldner Frankreichs und sei deshalb mit seinem gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Besitz und seinen Einnahmen für die Abtragung der Schuld verantwortlich.

„Wir müssen“, so fuhr Briand fort, „den Herrschaften drüben sagen, daß sie bezahlen können. Sie haben

Eisenbahnen, Wälder, Bergwerke, Industriebetriebe, deren ständische Dividenden überhaupt nicht mehr veröffentlicht werden, damit man nicht sagen kann, wie glänzend sie sich rentieren.“ Nicht nur die Gewinne, auch Besitz und Vermögen müßten zur Bezahlung der Entschädigungsforderungen herangezogen werden. Deutschland müsse zur Ueberzeugung kommen, daß es befestigt sei. Das große Unglück für Deutschland sei, daß es nicht auf genügend klare Weise befestigt worden sei.

Ein vernünftiges Mittel zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete sei bisher nicht vorgeschlagen worden. Auch werde der Gedanke einer Zusammenarbeit mit Deutschland von den betroffenen Gebieten abgelehnt. Die Strafmaßnahmen würden nicht etwa eingeleitet werden, wenn die deutsche Regierung sich entschliesse, unbekannte Versprechungen abzugeben. Vielmehr müßten neben der Entschädigungsfrage auch die Frage der Kriegsverantwortlichkeit und der Entwaffnung ein für allemal klar geregelt werden.

Briand gab dann von dem Beschluß der Reparationskommission Kenntnis, Deutschland mitzutellen, daß es den Rest von zwölf Milliarden, den es auf die zwölf Milliarden Goldmark schuldig sei, bezahlen müsse. Vor dem 23. März müsse es eine erste Anzahlung von einer Milliarde Goldmark auf den fehlenden Betrag leisten. Die deutsche Regierung könne diese Bezahlung nicht verweigern, da Deutschland den genannten Betrag in seinen Kassen habe. Hinsichtlich der Zollmaßnahmen glaubt Briand, daß sie wesentlich mehr abzuwerfen werden, als man zu erwarten scheine.

Bum Schluß rief der Ministerpräsident aus: „In Deutschland müssen diejenigen zahlen, die Geld haben.“ Nach einem kurzen Ueberblick über die Lage im Orient schloß Briand seine Ausführungen unter lebhaftem Beifall der Kammer.

Briands Bericht ist wieder einmal ein Meisterstück französischer Verdrehungskunst. Schon die Bezeichnung der Gewaltmaßnahmen atmet echt Briand'schen Geist. Das böse Deutschland, das sich seinen Verpflichtungen entziehen will, ist selbstverständlich schuld daran, daß den Alliierten schließlich nur noch die Gewaltmaßnahmen als letzte Zuflucht übrig bleiben. Das ist nicht nur die Ansicht der Alliierten, nein, auch die deutschen Arbeiter denken so und sind überzeugt, daß die deutsche Regierung die Befehle der rheinischen Städte und die wirtschaftlichen Sanktionen verschuldet hat. Eine tollere Verdrehung der Tatsachen und größere Heuchelei kann man sich wahrhaftig nicht vorstellen! Auch in Paris dürfte man kaum übersehen haben, daß das ganze deutsche Volk einmütig, mit Einschluß der gesamten Arbeiterschaft, die Erfüllung der Pariser Forderungen für undurchführbar hält, daß ferner der Reichstag in seiner überzogenen Mehrheit die Sanktionen für einen ungeheuerlichen Rechtsbruch erklärt hat und gerade die Mehrheitssozialdemokratie, die doch die stärkste und einflussreichste Arbeiterpartei ist, das gewaltsame Vorgehen der Entente in ganz besonders scharfer Weise verurteilt hat. Auch die Unabhängigen haben die Londoner Expressepolitik ganz entschieden abgelehnt. Trotzdem glaubt Briand die deutschen Arbeiter in Wegensatz zu der deutschen Regierung stellen zu können.

Doch es kommt noch besser. Briand sagt, Deutschland kann zahlen, es will nur nicht, es verschleiern

seine Zahlungsfähigkeit. In Deutschland gibt es hoch rentierende deutsche Eisenbahnen, Unternehmen mit ständischen Dividenden, Eisenvermögen, Besitz, kurzum alles muß herhalten, damit der französische Milliardenhunger befriedigt werden kann. Dabei hat Herr Briand — natürlich ohne jede Absicht — abersehen, daß die deutschen Eisenbahnen mit Eisenbeständen arbeiten und nur durch ständige Tarifserhöhungen vor dem gänzlichen Zusammenbruch bewahrt bleiben können. Oder sollte er den Selbstbetrug von 12 Milliarden als „Gewinn“ angesehen haben?

Was die Kriegsgewinne der Industriebetriebe angeht, so hat man in dem weltfremden Frankreich natürlich niemals etwas von der deutschen Geldentwertung gehört. Auch weiß man nichts davon, daß die heutigen Papiermark-Gewinne in Goldmark umgerechnet noch lange nicht an die Vorkriegserträge heranreichen. Ebenjowenig hat Briand Kenntnis davon, daß Besitz, Vermögen und Einkommen in Deutschland schon bis zur Höchstgrenze besteuert sind. Woher soll er es auch wissen? Die Denkschriften der deutschen Sachverständigen hat er ja kaum angesehen, und wenn er sie durchgesehen hat, dann kann ihn doch nichts in seiner vorgefaßten Meinung wanken machen, daß „Deutschland alles zahlen kann und muß“. Er kündigt gleich eine neue Erpreßung an. Unsere bisherigen Zahlungen in der Höhe von 21 Milliarden Goldmark werden nur teilweise anerkannt und eine Nachzahlung von 12 Milliarden bis zum 1. Mai verlangt. Warum auch nicht, Deutschland kann und muß ja zahlen...

Die 20 Milliarden.

Möglichkeitzahlung von 1 Milliarde bis zum 23. März.

Durch die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages sind wir die Verpflichtung eingegangen, vor dem 1. Mai 1921 den Gegenwert von 20 Milliarden Goldmark zu zahlen, die zur Deckung der Kosten der Besatzungsarmee, zur Ernährung Deutschlands und zur Ruhe von Rohstoffen dienen sollen. Der verbleibende Rest sollte aus dem Wiederherstellungsfonds gutgeschrieben werden. Nach Ansicht der Alliierten sind durch die bisher vollzogenen Leistungen und Leistungen erst 8 Milliarden geleistet, während wir nach deutscher Berechnung bereits 21 Milliarden Goldmark gezahlt und damit alle Verpflichtungen nach dem Art. 235 des Friedensvertrages restlos erfüllt haben.

Die Pariser Entschädigungskommission hat nun folgende Aufforderung an die deutsche Regierung gerichtet:

„Die deutsche Regierung hat bis zum 1. Mai 1921 20 Milliarden Goldmark zu zahlen. Vor dem 23. März hat sie eine Abschlagszahlung von 1 Milliarde Goldmark auf die noch zu zahlenden 12 Milliarden Goldmark zu entrichten. Vor der Zeitpunkt und der Zahlungsmodus für die späteren Zahlungen festgesetzt werden soll, hat die Reparationskommission zu bestimmen, daß alle vor dem 1. April gemachten deutschen Vorschläge für die Ersetzung der Goldzahlungen durch Warenlieferung oder durch Bestellung deutscher oder fremder Wertpapiere geprüft werden sollen. Bis zum 1. April ist die deutsche Regierung auch ermächtigt, der Wiederherstellungskommission Vorstellungen wegen einer auswärtigen Anleihe zu machen, deren Ergebnis auf das Wiederherstellungsfonto geschrieben werden soll.“

Zu der neuen Ententeforderung wird von deutscher sachkundiger Seite bestätigt, daß die beteiligten deutschen Stellen nach wie vor auf dem Standpunkte stehen, daß die bisherigen Leistungen Deutschlands den Betrag von 20 Milliarden überschreiten. Selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, würde die Folge nur die sein können, daß nach Artikel 244 des Friedensvertrages die aus diesem Grunde nicht eingelösten unverzinslichen Schatzanweisungen in verzinlichte Schatzanweisungen umzutauschen wären.

Die Abwehr der Sanktionen.

Die Gegenmaßnahmen der deutschen Regierung.

Im Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats gaben am Mittwoch der Reichswirtschaftsminister und der Minister des Auswärtigen Erklärungen über die Folgen der wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen der Entente ab.

Hauptsächlich legte Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz die Mittel und Wege dar, wie wir aus der gegenwärtigen hochgespannten und gefährlichen Lage der deutschen Wirtschaft am besten herauskommen. Der Außenhandel werde sich auf die veränderten Verhältnisse einstellen und sich

neue Wege suchen

müssen. Es sei zu hoffen, daß der Osten von Europa sich für die deutsche Ware als aufnahmefähig erweisen werde. Diese neuen Wege dem Handel zu erleichtern, sei Pflicht der Reichsregierung. In Frage komme eine Erweiterung der Ausfuhrfreiliste, der Wegfall der Preiskontrolle auf den meisten, der Mengenkontrolle auf verschobenen Gebieten, dazu auch der Abbau der Ausfuhrabgaben. Der durch die Handelserschwerungen drohenden Winderbeschäftigung der Industrie werde am besten durch eine

energische Wiederbelebung des Danmarktes

entgegengewirkt. Hier werde auch der bevorstehende durch den Reedereiabfindungsvertrag gewährleistete Wiederaufbau der Handelsflotte wesentliche Dienste leisten. Ferner seien Erweiterungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge ins Auge zu fassen. Die Einfuhrverbote für überflüssige Auslandswaren seien mit Nachdruck festzuhalten.

Die Bedeutung der Wiederaufbaufrage.

Hierauf ging der Reichsaussenminister Dr. Simons kurz auf zwei Punkte ein, die mit der Außenpolitik zusammenhängen. Nach der Meinung des Ministers muß die Wiederaufbaufrage in den Mittelpunkt unserer ganzen Vorbereitungen gestellt werden. Für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete müsse nunmehr ein wirklich bis in das einzelne gehender Plan in großem Stil in Angriff genommen werden, so weit das bei dem Mangel an Betätigung an Ort und Stelle für uns überhaupt möglich sei.

Außerdem müssen wir, wie der Minister weiter ausführt, ein Mittel finden, um der dringenden

Kapitalnot der französischen Wirtschaft eine Möglichkeit der Milderung zu verschaffen. Wie können das auf die Dauer nur mit unserer Arbeit, die wir als Gewährleistung und Sicherheit für eine Anleihe einsehen, mit der wir den französischen Finanzbedürfnissen entgegen kommen können. Auch hier müssen wir Vorbereitungen treffen, damit wir, wenn die Zeit gekommen ist, wo wir uns wieder an den Verhandlungstisch setzen, mit wirklich ausgearbeiteten Plänen kommen.

Einschneidung einer Sachverständigenkommission.

In der folgenden Erörterung wurden Befürchtungen laut, daß diese Gewaltmaßnahmen von der Entente, wie es ihre Presse auch schon ganz offen verlangt, zu einer Blockade Deutschlands benutzt werden. Trotzdem herrscht darüber Einigkeit, daß die „Sanktionen“ vorläufig ertragen werden müssen, weil die wertvolle Bevölkerung viel mehr und für eine Generation darunter leiden würde, wenn zu schwere, untragbare Bedingungen von uns angenommen werden würden. Anerkennung und Unterstützung fand die Ansicht der Reichsregierung, die Wirtschaft, die von außen diesen schweren Schlag erhält, im Inlande zu stärken.

Zur gegenwärtigen Ernährungslage äußerte ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums, daß die Ernährung bis zur neuen Ernte unbedingt gesichert und eine gewisse Reserve an Lebensmittel für den Fall der Not vorhanden sei.

Um der Regierung die Möglichkeit zu geben, bei den oft dringlich und sehr schnell zu fassenden Beschlüssen jederzeit sich des Rats von Sachverständigen des Reichswirtschaftsrates bedienen zu können, wurde ein fünfzehngliedriger Ausschuss gebildet, zu dessen Vorsitzenden Direktor Kraemer, Minister a. D. Wissell und Staatssekretär Dr. Aug. Müller gewählt wurden. Die Kommission hat ihre Beratungen bereits aufgenommen.

Der parlamentarische Beirat für das besetzte Gebiet am Rhein ist am Donnerstag im Reichstag zusammengetreten, um über die durch die Zwangsmassnahmen der Entente geschaffene politische und wirtschaftliche Lage in diesem Gebiet zu beraten.

Die Bewegung, die Einfuhr aus den Ententeländern auf die wirklich notwendigen Dinge zu beschränken, und besonders von Einfuhr von Luxusartikeln wie Seiden, Parfümerien, Fett und dergleichen abzusehen und dadurch viele Millionen zu sparen, breitet sich immer weiter aus.

Beschluß der Hamburger Importeure.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes des Hamburger Einfuhrhandels in Hamburg machte es in einem Beschluß zur Ehrenpflicht der deutschen Kaufmannschaft und Industrie, von den direkten und indirekten Einfuhren von Waren aus den feindlichen Ländern derjenigen Feindmächte, die sich den Sanktionen anschließen, Abstand zu nehmen.

Die Massenwanderung nach Oberschlesien.

Starke Bewältigung des Transportes gewährleistet.

Die Zentralkommission für die technische Durchführung der ober-schlesischen Abstimmlung teilt mit: Die Stunde um Stunde beim Deutschen Schutzbund einlaufenden Nachrichten über den reibungslosen und ohne Zwischenfälle verlaufenden Transport der deutschen Stimmberechtigten nach Oberschlesien zeugen von einer verständnisvollen Anpassung der Reisenden an die erlassenen Anordnungen. Durch vollkommene Ausnutzung des rollenden Materials erscheint eine glatte Bewältigung des Massentransportes schon heute gewährleistet. Am Dienstag befanden sich in den Zügen Stimmberechtigte aus der Schweiz, London und Boston, ein erhebendes Zeichen dafür, daß auch im Auslande Vaterlandsliebe und Heimatreue nicht gestorben sind.

Aus Breslau tritt eine Familie in drei Generationen die Reise nach Oberschlesien an. Sie handelt sich um den nahezu 80-jährigen in der Klagenstraße wohnhaften Herrn Josef Krebs, der mit seinen 8 Söhnen, einer Tochter und 6 Enkeln in die Heimat eilt. „Lieb Vaterland magst ruhig sein!“

Da die Internationalisierte Kommission auf den Bahnsteigen im Abstimnungsbereich den Hülfsdienst verboten hat, werden diejenigen Abstimnungsberechtigten, die nur wenig Gepäck mit sich führen, gezeiten, anderen Reisenden beim Heruntertragen des Handgepäcks behilflich, vor denen der Bahnsteig, vor denen der Helferdienst gestattet ist, behilflich zu sein, und namentlich Frauen, ältere und kranke Mitreisende berücksichtigen zu wollen. Von den Grenzstationen erfahren wir, daß immer noch einige Reisende entziffen, die ihre Abstimnungspapiere entweder unterwegs verloren haben oder sich haben stehlen lassen. Wir weisen nochmals darauf hin, daß die Stimmkarte unerfälscht ist. Wer die weite Reise nicht umsonst zurückgelegt haben will, der achte auf seine Papiere und verwahre sie wie sein teuerstes Kleinod.

Die letzten Vorbereitungen für die Abstimnung.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Abstimnung in Oberschlesien fand in Berlin unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und unter Teilnahme des preussischen Staatsministers eine letzte Aussprache mit den Provinzialbehörden der Grenzgebiete statt. Die Aussprache erstreckte sich über die gesamte Lage an der deutsch-polnischen Grenze. Von allen Seiten wurde betont, daß trotz aller Störungsvorfälle der Polen die Abstimnung am Sonntag einen unbestreitbaren deutschen Erfolg bringen wird. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß die Bevölkerung in Oberschlesien trotz der gespannten Lage zur Beunruhigung keinen Anlaß hat und mit Zuversicht zur Abstimnung schreiten kann. Als notwendige Aufgabe aller Beteiligten wurde es bezeichnet, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung sich durch keinerlei Provokationen der Polen zu Unbesonnenheiten hinreißen läßt, wie sie der polnischen Seite zur Schädigung der Abstimnung erwünscht wären.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 18. März 1921.

Die Interalliierte Kommission in Oberschlesien wird am Abmündungstage Briefmarken in den Werten von 10 Pf. bis 1 Mark ausgeben. Die Marken werden mit dem Aufdruck „Abmündung M. & 21“ versehen sein.

Dem Deutschen Schutzbund, Zweigstelle Berlin, wird aus Breslau gemeldet, daß nach dem 19. März, 12 Uhr nachts, kein Abstimmungsberechtigter die Grenze des Abstimmungsgebietes überschreiten darf.

Der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge haben die Engländer in Verfolg der Sanktionen des Kölner Finanzamt für die Rheinlandkommission beschlagnahmen. Inwiefern die Steuererhebung dadurch dem Reich entzogen werden, läßt sich zurzeit nicht übersehen.

Die neue Konferenz in Paris? Eine deutsche Zeitung hat das Gerücht verbreitet, daß eine neue Konferenz den nächsten in Paris zusammentreten wird. Der „Recht Parisien“ bemerkt hierzu, er könne mitteilen, daß augenblicklich keine Rede von der Einberufung einer neuen Konferenz ist. Es handelt sich bei der Meldung wahrscheinlich um einen Versuchsalton. Die Haltung der Mitglieder der deutschen Regierung berechtigt gegenwärtig zu keiner Hoffnung, daß Deutschland sich bereit zeigen könnte, die Forderungen der Alliierten zu befriedigen. Er glaube jedoch zu wissen, daß falls eine neue Konferenz einberufen werden sollte, um neue deutsche Vorschläge zu prüfen, diese in Paris stattfinden würden.

Einmarsch in Bayern? Nach einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ berichtet „Daily Mail“: Die Nationalisten haben im Unterhaus einen Antrag auf Befreiung von Männern und auf den allseitigen Einmarsch in Bayern gestellt, falls die bayerische Regierung die Auflösung der Einwohnerwehr verweigere. Bonar Law erklärte namens der Regierung, daß die bayerische Widerstandigkeit neue Sanktionen der Alliierten erforderlich mache, aber deren Art und Weise Verhandlungen schweben.

Die Note der bayerischen Regierung gegen die Entwaffnung wird jetzt auf Verlangen des Entwaffnungsausschusses des Reichstages veröffentlicht. In der Note vom 8. Februar wird dargelegt, daß die Forderung der Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren in dem Friedensvertrag keine Begründung habe und daß demzufolge eine rechtmäßig begründete Verpflichtung der deutschen Regierung zur Auflösung der Einwohnerwehren von den alliierten Mächten nicht in Anspruch genommen werden könne. Die Entwaffnung der Einwohnerwehren sei zwar grundsätzlich in Aussicht zu nehmen, ihre Durchführung in dem vom Gegner vorgeschriebenen Zeitraum und zu dem von ihm bestimmten Terminen aber nicht zu ermöglichen, da mit Rücksicht auf die bestehende Bedrohung der staatlichen Ordnung auf der einen Seite und der dem Staat und Reich zur Verfügung stehenden ungenügenden Mittel auf der anderen Seite der Bevölkerung die gegenwärtigen Selbstschutzorganisationen nicht entziffen werden können, da sie diesem Zweck Widerstand entgegenzusetzen würde.

In diesem „Standpunkt“ halte die bayerische Regierung auch der Pariser Entwaffnungsnote gegenüber. Wenn die Reichsregierung sich entgegen der Auffassung Bayerns zur Ausführung des Entwaffnungsplans entschlossen habe und, wie die bayerische Regierung voraussetzt, selbst zur Durchführung bringen wird, so müsse die bayerische Regierung die volle Verantwortung der Reichsregierung übernehmen.

Die Errichtung der Zollstraßen am Rhein. Die neue Zollgrenze am Rhein wird in Bezug auf die Lebensmittelförderung des besetzten Gebietes keine Minderung verursachen. Die Vertreter der englischen Behörden in Köln haben der Kölner Stadtverwaltung wohngehende Bescheinigungen abgegeben. In Handelkreisen liegt Grund zu Befürchtungen nicht vor. Die Zollgrenze soll angeblich in ungefähr einer Woche errichtet sein. In Koblenz sind zahlreiche französische Zollbeamte eingetroffen und warten, bis sie in der amerikanischen Zone ihre Macht ausüben können. Ebenso warten die französischen Zollposten im Brückenkopf von Mainz und die Rheinlandkommission nur auf Befehlen vom Obersten Rat, um ihre Arbeit aufzunehmen. Nach der „Daily Mail“ sollen 150 Zollposten errichtet werden. Die deutschen Zollbeamten sollen gemeinsam mit den Alliierten arbeiten. Und zwar sollen die deutschen Zollbeamten die Verpackung der Waren vornehmen und die alliierten Zollbeamten die Einnahmen einflussieren. Die Beträge werden der Rheinlandkommission übergeben.

Die Frage der künftigen Getreidewirtschaftung wurde in einer vom Reichsernährungsminister einberufenen Versammlung der Vertreter der Landwirtschaft, des Handels, der Getreide verarbeitenden Gewerbe und der Verbraucher ausgiebig erörtert. Weitläufig wurde dem Gedanken zugestimmt, daß eine Beibehaltung des bisherigen Wirtschaftssystems für Brotgetreide nicht zweckmäßig sei, sondern ein neuen Weg gesucht werden müsse, der einerseits geeignet sei, die einheimische Getreideproduktion neu zu beleben und aus so allmählich in dem wichtigsten Nahrungsmittel vom Ausland unabhängiger zu machen, andererseits aber auch eine Gewähr dafür biete, daß die große Masse der verbrauchenden Bevölkerung trotz größerer beschränkter Einfuhrmöglichkeiten ausreichend mit Brot versorgt werden könne. Eine Uebereinstimmung über die Einzelheiten der zukünftigen Getreidewirtschaftung ergab die Verhandlung nicht; jedoch war die überwiegende Mehrheit der Versammlung der Ansicht, daß die Einführung eines im Lagerverfahrens der geeignete Weg zu dem zu erstrebenden Ziele der baldigen völligen Freigabe des Getreides sei.

Der Terror im mitteldeutschen Industriegebiet. Von den schrecklichen Zuständen im Industriegebiet des Regierungsbezirks Merseburg, zu welchem u. a. auch die Beuna-Werke gehören, gibt ein Aufruf des Oberpräsidenten Harsing ein deutliches Bild. Er heißt darin: „Wilde Streiks, Raub und Plünderungen werden von Banden, Einzeldiebstähle, Terror, Sammelbeschuldigungen, Erpressungen und Körperverletzungen in der letzten Zeit abgelöst. Der Landwirtschaf des Industriegebietes werden ungeheure Schäden durch Branddiebstähle und Einzeldiebstähle zuge-

fügt. Dieselben Verhältnisse wie in der Landwirtschaft treten wir auch in der Industrie an. Ungeheure Diebstähle an Holz, Kohlen, Silber, Kupfer, Erzen und sonstigen wertvollen Materialien, die in die Millionen gehen, finden von Tag zu Tag statt. Demonstrationen ohne Ziel und Zweck werden veranstaltet, und schließlich erpressen bewaffnete Banden von Unternehmern die Zusage der Lohnzahlung für die Zeit der Nichtarbeit. Bei jedem wilden Streik werden die vernünftigen Arbeiter mit Knütteln und Waffen terrorisiert und von der Arbeit ferngehalten. Diese und zahlreiche andere an Wahnsinn grenzende Taten werden dadurch gefördert, daß man die Geschlichen, von der Arbeiterkassette gewählten Betriebsräte verhöhnt, absetzt und durch sogenannte Aktionsausschüsse ersetzt.“ Der Oberpräsident hat befohlen, daß in den nächsten Tagen starke Polizeikräfte nach vielen Orten des Industriegebietes gelegt werden, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu gewährleisten.

Rundschau im Auslande.

Die französische Regierung hat in der Kammer den Gesetzentwurf über die Erhebung der 50prozentigen Abgabe vom Verkaufswert der deutschen Waren, die nach Frankreich eingeführt werden, eingebracht.

Das Londoner Schiffahrtsamt hat beschlossen, daß die ehemals deutschen Schiffe nicht an Deutschland zurückverkauft werden dürfen.

Das englische Gesetz über die Einführung eines 50prozentigen Zolls für deutsche Waren soll am 31. März in Kraft treten.

Russland: Der Moskauer Kongress gegen Trotski.

Auf dem kommunistenkongress in Moskau sind 589 Stimmen für die Politik Lenin und 56 Stimmen für die Politik Trotski abgegeben worden. Der Kongress

erklärte, daß die Russen unmöglich Russland wieder aufbauen könnten. Ausländische Techniker seien dazu nötig und es müßten Konzeptionen dem Ausland gegenüber gemacht werden. Die Arbeiterkämpfe zwischen Kronstadt und den Küstenforts dauern immer noch an. Die Verluste der Roten Truppen während der Belagerung von Kronstadt betragen angeblich 5000 Tote, außerdem sollen 5000 Mann bolschewistischer Truppen zu den russischen übergegangen sein. Die Lage in Petersburg sieht sich weiter zu. Die Stimmung der Arbeiter nimmt mit jedem Tage zu. Der Ausbruch der Revolution wird jeden Augenblick erwartet. Verteilungsausschüsse werden in 18 Werks südlich von Petersburg ausgebaut. Die meisten Fabriken stehen still infolge Ausstandes, der trotz des strengen Verbotes der Volkstommissare gegen Arbeitseinstellung erklärt wurde. Die chinesischen Soldaten sind täglich in Tätigkeit und schicken auf Befehl der Volkstommissare Hunderte von Arbeiterführern und andere Personen nieder, die sich den Forderungen der Volkstommissare widersetzen.

England: Unterzeichnung des englisch-russischen Handelsabkommens.

Das englisch-russische Handelsabkommen ist am Mittwoch morgen von dem britischen Handelsminister Sir Robert Horne und dem sowjetdelegierten Krassin unterzeichnet worden. Man darf daraus mit großer Bestimmtheit schließen, daß die englische Regierung Nachrichten hat, nach denen die letzte Erhebung gegen die Räteregierung als gescheitert angesehen werden muß. Ihre Absicht war nämlich, die Unterzeichnung so lange hinauszuschieben, bis die Ausschüchter der Kronstädter Affäre feststanden. Nach der St. James Gazette sind die englischen Juristen der Meinung, daß die Unterzeichnung einer Anerkennung der Räteregierung mit allen vermögensrechtlichen Folgen, auch bezüglich der russischen Konfiskationen, gleichkommt. Der Verzicht auf die bolschewistische Propaganda ist für England besonders bezüglich Afghanistan wichtig. Der wirtschaftliche Vertrag dieses Abkommens ist minder sicher. Russlands Bedarf an Import ist außer Zweifel, aber über die Möglichkeit der Gegenleistung gehen die Meinungen auseinander. Für die innere englische Politik bedeutet das Abkommen eine gewisse Erleichterung und Stärkung Lloyd Georges gegenüber der Linken, die dringend danach verlangte.

Soziales.

Das Verfahren von Ueberstichten eingestellt. Nach der Ablehnung des im Ruhrbergbau gefällten Schiedsspruches durch den alten Bergarbeiterverband ist zu Beginn der Woche das Verfahren von Ueberstichten auf den Bechen eingestellt worden. Auf sämtlichen Anlagen des Thyssen-Konzerns, sowie auf den Duisburger Bechen werden seit Montag nur noch die gewöhnlichen Schichten verfahren. Durch den Fortfall der Ueberstichten ist eine erhebliche Minderforderung eingetreten. Im Laufe dieser Woche wird sich der Bechenverband in einer Konferenz mit dem Schiedsspruch befassen.

Aus Stadt und Land.

Ueberfall auf einen Landpostwagen. Die Unsicherheit auf den Landstraßen wird durch immer neue Ueberfälle bewaffneter Räuberbanden ständig vergrößert. Am Dienstag wurde in der Gegend von Angermünde in der Mark, wo erst vor wenigen Tagen ein ganzes Gehöft ausgeplündert worden ist, ein Landpostwagen von einer Räuberbande beraubt. Auf der Chaussee zwischen Gerswalde und Wilmersdorf sprangen die Räuber plötzlich vor den Wagen und brachten ihn unter Androhung von Waffengewalt zum Stehen. Dann erbrachen sie die Wagentür und raubten aus dem Wageninnern mehrere Wertgegenstände und Pakete, darunter einen Beutel mit 13 600 Mark.

Meine Nachrichten.

Spelende Kinder fanden in Wilhelmshafen am Dreck eine Handgranate, welche explodierte. Fünf der Kinder wurden schwer verletzt.

Spigen.

Roman von Paul Roden.
(31. Fortsetzung.)

In diesen paplernen Schrein, der innen mit Papier auf allen vier Ecken des Einschnittes fest verklebt worden war, wurden nun die Kostbarkeiten geborgen die Etelne und Perlen wurden in flüchtigen gleichmäßigen Paketen von der geschickten Waise säuberlich verpackt und dann in den merkwürdigen Kisten gelegt. Da es kein Schütteln noch ein wenig raffelte, wurden die Fugen

nach mit Papierstücken ausgeklopft. Endlich wurden drei vier Wollseiten vor und hinter dem Einschnitt vorsichtig verklebt, so daß in dem unscheinbaren Buch jetzt ein Schatz von Juwelen geborgen war, der sich auch nicht durch das geringste äußere Anzeichen betriet. Er war eingelapfelt in verklebten Blättern des edelsten würdigen Buches, das selbst im Besitze einer Hof-Moodel nichts Auffälliges hatte. Wer das Buch in die Hand nahm, konnte an dessen verborgener Bestimmung nicht denken, ja selbst dem, der es geöffnet hätte hätte der hineingehamferte Inhalt leicht entgehen können.

Wose schlang in ehrerbietiger Rührung ihre vollen Arme um ihren genialen Freund, dessen Liebes sie sich machte. Die ausgeschnittenen Papierblätter wurden sorgfältig verbrannt. Wasser und Schleifstein, die ihrer Saubrigkeit getan hatten und bei einer immer möglichen ja immer drohenden Hausführung gefährlich werden konnten, warf Wose auf Wildides Welsung in die Wasserleitung, nachdem Wildide sie gehörig geriebert hatte. Das bare Geld, lauter Zwanzigmarsstücke, wurde in dem Kistenkasten des Ofens unter der Asche versteckt als das geschah war, schürte Wose noch tüchtig, daß eine neue dicke Schicht glühender weicher Asche sich auf die Unterlage legte. Wildide hatte nur ein Goldstück behalten. Das genügte ihm einzuwollen.

Inzwischen war es sieben Uhr geworden. Er hatte sich geplagt, und nun regte sich in ihm der mächtige Erang nach der Kneipe, nach dem Zusammensein mit Gleichgesinnten, nach einer Partie auf dem erbärmlichen, mit schwarzem Wachsstock bezogenen Billard. „Du kannst mich um elf aus dem Grauen Glend abholen, Wose!“ sagte er. „Ich will dich gleich mitnehmen. Man kann an so einem Tage doch nie wissen, was passiert. Ich spreche erst noch einmal in der Wilden Kage vor... so um halb zehn herum bin ich im Grauen... Komm aber nicht vor zehn! Man kann nicht wissen...“

Wose und Wildide verabschiedeten sich zärtlich. Als Wildide aus dem Hause trat, bildete er gewöhnlich Bettmächtig um sich. Die Straße war schlecht beleuchtet und um diese Stunde ziemlich belebt. Es fiel ihm nichts Besonderes auf. Er ging ruhig seiner Wege. Der Arbeiter und der Handwerker folgten ihm unbemerkt.

Als er in die Destillation eingetreten war, verknüpfte sich die beiden zwanglos. Der mit dem runden Hut sagte zu dem mit der besetzten Mütze: „Der Kommissar ist zwischen sieben und acht im Cafe Alexander. Nehmen Sie eine Droschke. Wenn Wildide früher geht, als Sie wiederkommen, folge ich ihm und schide, sobald er wieder wo einkehrt, einen verschlossenen Kettel an den Kagenwirt für A. S. Wenn Sie mich nicht finden, finden Sie den Kettel! Und so immer weiter.“

Der Arbeiter lief zum nächsten Droschkenhalteplatz und fuhr nach dem Cafe Alexander.

„Wenn er mit der Wilden Kage anfängt, hört es mit dem Grauen Glend auf!“ sagte der Kommissar. „Das ist vorschriftsmäßig. Fahren Sie ruhig nach der Kage zurück. Ich trinke mein Bier aus und gehe von hier aus nach dem Grauen. Wenn wieder alles Erwarten kumpelstriege wo anders einkehren sollte, lassen mich's in der Gollnowstraße wissen, da bin ich in einer halben Stunde. Aber ich kenne meinen kumpelstriege! Er wird mit gerade in die Scheren laufen. Also marsch!“

Der Arbeiter fuhr zurück und erstattete seinem Kollegen Bericht. Wildide spielte inzwischen eine Partie mit Kegeln.

Als der Kommissar gegen acht Uhr in das Lokal in der Gollnowstraße, vor dem er zwei andere seines Agenten mit stummen Blicken begrüßt hatte, eintrat, waren schon ziemlich viel Stammgäste da. Alle verstimmt.

„Aber bitte!“ rief ihnen der Kommissar gemächlich entgegen. „Laßt euch nicht tören, Kinder! Ihr habt ja alle ein reines Gewissen.“

„Geben wir auch, Herr Kommissar!“ sagte eines der Billardspieler.

Der Kommissar drängte sich nach dem Schenktisch durch. Die Gäste hatten ihre Unterhaltung, zunächst freilich mit leiserer Stimme, wieder aufgenommen, und die Spieler spielten weiter.

Die Wirtin mit der hohen getönten Haube, die sehr wohl wußte, daß ihr Wohl und Wehe von der Polizeit abhing, begrüßte den Kommissar respektvoll und artig.

„Schenken Sie mir eine kleine Bekke ein... oder lieber eine große! Ich finde schon jemand, der mit hilft,“ sagte er lächelnd hinzu; und die Nächststehenden die es gehört hatten, lächelten mit.

Während die Wirtin das Bier einschenkte, beugte sich Weyer zu ihr und sagte ihr leise: „Kleinen Rundbar der kumpelstriege gestern hier?“

„Ja!“

„...u. wem hat er zusammengelesen?“

„Mit dem heiseren Wachtel.“

„Gut!“

Der Kommissar hatte seinen Adlerblick über die Gesellschaft streifen lassen. Ohne seine Stimme zu mahlen und ohne sie zu erheben, sagte er hinzu: „Frau Wirtin! Mein Bier da an den Gattisch. Da ist noch ein Platz frei.“

Der Kommissar war an den kleinen Tisch getreten, an dem der heiserer Wachtel allein saß. Dieser erhob sich.

„Bleiben Sie nur ruhig sitzen! Seit wie lange sind wir denn hier?“ fragte er gemächlich.

„Seit Mitte Mai, Herr Kommissar!“

„Und nun werden wir hübsch draußen bleiben?“

„Darauf können Sie sich verlassen, Herr Kommissar! Ich hab's satt!“

„Profit!“ Er trank dem Verbrecher zu und reichte ihm das Glas. Dieser wuschte sich die Lippen, dankte und trank dem Kommissar zu.

„Ja, Herr Kommissar! Ich hab's wahrhaftig satt! Wenn's einem nur nicht zu verdammt schwer gemacht würde, ins ordentliche Leben wieder hineinzukommen. Aber uns nimmt eben kein guter Meister. Wir sollen überall unsere Papiere zeigen... das ist die Sache! Hören Sie mal... wie heißen Sie doch mit Ihrem richtigen Namen?“

„Julius Heydel, Herr Kommissar!“

„Richtig! Heydel! Also: ich könnte Ihnen vielleicht einen kleinen Verdienst anwenden...“

(Fortsetzung folgt)

Seite Nachrichten.

Die „Solidarität“ des Proletariats.

Auch die belgischen Sozialisten vertreten ihre deutschen Kollegen. Nach lebhafter Debatte billigte der Generalkonvent der belgischen sozialistischen Partei mit starker Mehrheit die Forderung der belgischen Delegierten bei der Sonderkonferenz.

Die verschwundene deutsche Protestnote.

Berlin, 17. März. Aus Genf meldet die „D. R. Z.“: Die angekündigte deutsche Protestnote an den Völkerbund wegen der Sanktionen ist bis jetzt noch nicht in Genf eingetroffen. Entschuldigungen bei der deutschen Botschaft in Genf, am nach dem Verbleib der Note zu forschen, sollen ein negatives Ergebnis gehabt haben.

Es steht schlecht mit Polen.

Prag, 18. März. (TU) Die Prager „Tribuna“ meldet aus Krakau: Nach einer in der „Gazeta Poranny“ veröffentlichten Unterredung mit dem polnischen Erziehungsminister wird es notwendig sein, sich auf schwere Tage vorzubereiten. Es sei unbedingt notwendig, den Bedarf an Lebensmitteln einzuschränken. Polen könne sich nicht selbst ernähren. Der Minister glaube, daß trotz des schlechten Standes der polnischen Getreide aus dem Ausland angekauft werden kann, weil die Preise in Polen zweimal so hoch sind wie die Weltpreise.

Ein schlechtes Zeichen.

Kattowitz, 18. März. (TU) Die in Kattowitz erscheinende „Gazeta Sudowa“ vom 15. März (Nr. 61) enthält folgende Bekanntmachung: Aus von uns unabhängigen Gründen stellen wir mit dem heutigen Tage die Entgegennahme von Depositionen in polnischer Valuta ein. Eine Wenderung dieses Beschlusses wird zur rechten Zeit bekanntgegeben. Beuten, den 8. März 1921. Bank Sudow, gez. E. J. Czerwik, Leiter und Marie J. J. Die Vorstandsmitglieder.

Die Vorstandsmitglieder der Bank Sudow erkennen hiermit den Bankrott des polnischen Staates vor aller Öffentlichkeit an. Die polnische Volksbank in Kattowitz nahm schon vor vielen Wochen kein polnisches Geld mehr entgegen und weigert sich, dafür deutsches Geld einzuzuwecheln.

Fußball-Sport.

Sonntag den 20. März 1921:
Mittags 1 Uhr SVD. 2 — Laubegast 2. (Verbands-Spiel)
Nachm. 1/24 Uhr SVD. 1 — Brandenburg 3. (Gesellschaftsspiel)

Spar- und Girokasse Dippoldiswalde.

Geschäftszeit: Montags bis Freitags vormittags von 1/9—1/11 Uhr, nachmittags von 2—3 Uhr, Sonnabends von 1/9—1/11 Uhr.

Gemeindeverbands-Spar- und Girokasse Schmiedeberg.

Expeditionszeit: Montags bis Freitags vormittags 8—1 und nachmittags 3—5 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Festtagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geöffnet.

Gemeindeverbands-Spar- und Girokasse Reinhardtsgrimma.

Nächster Expeditionsstag: Mittwoch den 23. März nachm. 2—5 Uhr.

Spar- und Girokasse Hödendorf.

eröffnet Sonntag den 20. März 1/3—6 Uhr.

Volksbibliothek Dippoldiswalde.

ist geöffnet Montags, Mittwochs und Freitags von 1/7—1/8 Uhr.

Kirchen-Nachrichten.

Sonntag Palmsonntag, den 20. März 1921.
Text: Phil. 1, 9—10. — Lied: 237.4
Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl in der Kirche: Sup. Michael. 9 Uhr Konfirmationsgottesdienst: Pastor Rosen (Chorgefang von W. Beder) 8 Uhr Familienabend in der Kirche.
Hemeradorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst und Konfirmation.
Hilfslirche Schönfeld. 2 Uhr Predigtgottesdienst und Konfirmation (Einweisung des Herrn Kirchschullehrers Otto Brähler).
Johannesbad. 9 Uhr Konfirmation und Einsegnung der Konfirmanden.
Kreitzsch. 9 Uhr Einsegnung der Konfirmanden. 2 Uhr kirchliche Unterredung aller dazu verpflichteten Jünglinge und Jungfrauen, einschließlich der Konfirmanden. 3 Uhr Taufgottesdienst.
Della. 9 Uhr Konfirmation.
Wessendorf. 9 Uhr Konfirmation der Mädchen: Pfarrer Radler. 1/2 Uhr Konfirmation der Knaben: Pastor Borwert. 1/5 Uhr Kirchenkonvent.
Reichardt. 9 Uhr Konfirmationsfeier. 1/8 Uhr Gemeindeabend.
Ruppendorf. 9 Uhr Konfirmation.
Sabisdorf. 9 Uhr Konfirmation. (Chorgefang: „Sei nur still“, von J. V. Franke) 2 Uhr Taufgottesdienst.
Schellerbau. 9 Uhr Konfirmation.
Schmiedeberg. 9 Uhr Konfirmationsfeier: Pfarrer Friedrich.
Sellersdorf. 9 Uhr Konfirmation.

Original-Stern-Marke-Samen

sind wieder eingetroffen und sind bekannt durch Ihre Güte. Bei Johannes Semmann, Ad. Grabis Nachf.

Zur Oberbäckerei
empfiehlt Sultanen-Kastanien, N. Kojunen, bittere u. süße Mandeln, die besten Sorten Margarine, ff. Schweinefleisch, das beste, was es gibt, Palmöl, Kofosett, Teig zum billigsten Tagespreis Bruno Hamann, Altendorfer Straße.

Gute prompte Zimmererarbeiten
werden schnell und billig geliefert von Zimmerer Emil Köhler, Hausdorf b. Maxen.
Bitte die werthe Rundschau, mich früh bis 6 Uhr oder abends nach 6 Uhr zu sprechen, da ich tagsüber nicht anwesend bin.
Enalkaroffeln
treffen in den nächsten Wochen ein. Bestellungen nimmt an Rade, Walter. Tel. 160.

Gasthaus „Steinbruch“, Dippoldiswalde.
Zu bevorstehenden Frühjahrs-Ausflügen bringe ich meine Lokalitäten mit schönem Gesellschaftssaal in empfehlende Erinnerung.
Palmsonntag: ff. Kaffee und selbstgebackene Pfannkuchen.
Ergebenst Carl Schwind.

Heute frische Wurst.
Rest. Hämmer.

Lichtspiele Schmiedeberg-Niederpöbel.
Sonnabend den 19. 3. und Palmsonntag den 20. 3. das große Meisterwerk und Extra-Programm
Der Richter von Zalamea
6 Akte.
Das reizende Lustspiel
So was kommt von so was!
2 Akte.
Sonnabend Anfang 7 Uhr. Sonntag Anfang 5 Uhr. Gutgeheizter Saal.

18 gute Arbeitspferde
meist langschwänzige Dänen, Oldenburger und Belgier im Alter von 4—9 Jahren, darunter befinden sich mehrere Stuten, ferner 5 Lastwagen, 50—100 Ztr. Tragkraft, mehrere Restwagen und das dazu gehörige Arbeitsgeschirr abzugeben. Käufer können auch den Kaufpreis 3—5 Monate nach Ablauf der Garantiezeit zahlen.
Edmund Eckardt, vormals Julius Gierth, Expedition und Lauffuhrwesen, Dresden-Neustadt, Böhmische Straße 24. Tel. 22750.

Haus- und Stubenmädchen
in Saisonstelle zum baldigsten Eintritt gesucht.
Benslon Julius-Alexanderhaus, Bärenburg b. Altpapdorf.

Geldkassette
zu Gunsten der Krüppelhilfe
Ziehung 21. 26. März
Lose zu 4 Mark bei Koops Schmidt.

Schöne Geschenkartikel
als reizend bemalte Rührer, Tischentwürf, Handhüh- und Nähkästen, Frühstücksstapfen für Kinder, ferner prima Kopf-, Kleider-, Zahn-, Wischbürsten usw., sowie Einkaufs-Karte in Gelb und Weiß-Gelb empfiehlenswert wie bekannt sehr preiswert
Marg. Jungnickel, Schulgasse.
Einen Posten gutes
Heu
verkauft
Gallenstein, Gut Nr. 29.

Empfehle:
Röstkaffees
zu M. 20.—, 25.—, 30.—,
Reis
zu M. 250, 280, 310, 330
und 6
Schweinefleisch,
feinstes weißes, M. 12.50
im Pfd.,
Balmin,
M. 13.—
Margarine,
nur feinste, aus besten Rohstoffen hergestellte Ware, u. 10.50—12.50, stets frisch am Lager!
Prima Haferbackmehl
— nicht bitter — M. 3.50,
Sonnig, Sgrupp, Preiselbeeren, Erdbeeren, Capern und sonstige Lebensmittel stets zu billigstem Tagespreis.
Johs. Wemmann, Ad. Grabis Nachf.

Nähmaschinen Herren- und Damenräder
— neu und gebraucht —
in allen Preislagen, sowie extra starke Räder zum Einbau von Motoren empfiehlt billigst
Herm. Voigt, Dippoldiswalde, Gerber-Pl. 218, Telefon 221.

Häcksel
empfiehlt
K. Oppell,
Dippoldiswalde. Telefon 162.

Wohle am 15. März 1921 stattgefundene Ver-
wahrung mit Frau Frieda Bernegros, geb. Starke,
gebe ich hierdurch bekannt.
Karl Gähler, Kaufmann,
[Gerolstraße 58, 1. Vorwerkstraße 15, 1.

Für die vielseitigen Ehrungen, welche uns aus
Anlaß unserer Vermählung zuteil geworden sind, sagen
wir allen hierdurch unseren herzlichsten Dank.
Niedertraudendorf.
**Julius Pohle
und Frau Emma, verw. gew. Schiffer,
geb. Flemming.**

Für die uns anlässlich unserer Vermählung so
zahlreich dargebrachten Ehrungen sagen wir zugleich im
Namen unserer Eltern
herzlichsten Dank.
Niedertraudendorf — Beerwalde.
**Oswald Wagner und Frau Erna
geb. Müller.**

Dem Landwirtschaftlichen Verein zu Reinhardtsgrimma und Umgegend sagen wir für die uns
am 15. März überreichten Ehren-urkunden für treue
Dienste unsern herzlichsten Dank. Ganz besonders
gilt dieser Dank aber auch unsern verehrten Dienst-
herren für die namhaften Geschenke.
Dieser Ehrenabend wird uns für immer unver-
gessen bleiben.
Erwin Paul Ulrich bei Frau Gutsbeil Selma Sultsch,
Sirsbach,
Erich Ewald Lehmann bei Frau Gutsbeil Frieda
Waltzer, Reinhardtsgrimma,
Alfred Ulrich bei Herrn Gutsbeil Max Diehler,
Cunnersdorf,
Martha Dora Pfister bei Herrn Gutsbeil Carl
Frische, Luchau,
Hedwig Olga Rommelspacher bei Herrn Gutsbeil Ger-
mann Friebe, Cunnersdorf,
Anna Margarethe Hornoff bei Herrn Gutsbeil Otto
Wähle, Cunnersdorf,
Martha Ida Lehmann bei Herrn Gutsbeil Richard
Waltzer, Reinhardtsgrimma.

Margarinefabrik Kellinghufen
sucht für dortige Amtshauptmannsch. in der Branche bewanderten
Solistenten
Vertreter
für ihre anerkannt erstklassige holländische Margarine.
Interessenten wenden sich bitte an Generalvertreter für Sachsen
Riemer & Schneider, Rostock i. Sa.
Seute Freitag frisch eingetroffen:
prima Blumentohl,
ff. Lachsheringe,
La reines Schweinefleisch, 1 Pfd. 12.75 M.,
allerfeinste Tafelmargarine
in Wärfeln 1 Pfd. 10.40 bis 12.75 M.
Desgleichen empfehle preiswert:
Schachtgewürze, frisch gemahlen,
ff. Rot- und Weißweine.
Otto Feller,
nur Herrengasse 100.

Zurückgelegt vom Grabe meines geliebten Vaters,
unseres teuren Vaters, des
Werkmisters
Paul Klein
sagen wir allen für die zahlreichen Beweise aufsch-
tiger Teilnahme, für das ehrende Geleit zur letzten
Ruhstätte unsern innigsten Dank. Besonderen Dank
der Direktion, dem Beamten- und Arbeiterperso-
nal sowie dem Gesangsverein des Eisenwerk Schmiedeberg
für die so reichen Spenden. Besitten Dank auch Herrn
Pfarrer Friedrich für die so tröstlichen Worte am
Grabe. Dies alles hat unseren so schwer gepeschten
Herzen so wohlgetan.
Schmiedeberg, den 15. März 1921.
Die trauernden Hinterbliebenen.